

## Anlage 3

### Einbindungsvereinbarung zu

☐ **Los 1, Rettungswache 1 und 2**

☐ **Los 2, Rettungswache Mitte**

(zutreffendes ankreuzen, unzutreffendes streichen)

zwischen

**Stadt Herne**  
**Vertreten durch den Oberbürgermeister**  
**Friedrich-Ebert-Platz 2**  
**44623 Herne**

(als Auftraggeber, nachfolgend „Träger“ genannt)

und

---

---

---

(nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt)

## Inhaltsverzeichnis

Präambel .....	3
1. Vereinbarungsgegenstand .....	3
2. Vertragsbestandteile .....	4
4. Mitnutzung der Rettungswachen des Trägers .....	6
5. Nutzung des Notarzteinsatzfahrzeuges durch den Auftragnehmer .....	7
6. Aufwendungsbeitrag / Abrechnung .....	8
7. Mitwirkungspflichten im Rahmen der Abrechnungen des Trägers .....	9
8. Vertragsstrafen .....	9
9. Prüf- und Kontrollrechte des Trägers .....	11
10. Anzeigepflichten bei Betriebsänderungen .....	11
11. Wettbewerbsbeschränkende Abreden .....	11
12. Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien .....	11
13. Haftung .....	12
14. Vertragslaufzeit .....	12
15. Kündigung .....	12
16. Schlussbestimmungen .....	14

## Präambel

Nach § 13 Abs. 1 RettG NRW kann der Träger Aufgaben des Rettungsdienstes (Notfallrettung und Krankentransport) durch Vereinbarung auf anerkannte Hilfsorganisationen oder andere Leistungserbringer übertragen. Wird eine solche Übertragung vorgenommen, bleibt der Träger verpflichtet, eine ordnungsgemäße Erfüllung dieser Pflichtaufgaben zu gewährleisten und die Durchführung des Rettungsdienstes zu steuern und zu koordinieren.

Der Träger überträgt dem Auftragnehmer die Durchführung von Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransports nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (siehe Anlage 2).

Die Stadt Herne schätzt die individuelle Vielfalt ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer Mitarbeitenden sehr und betrachtet die vielfältigen, unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensentwürfe als Bereicherung und Chance für die Gegenwart und Zukunft.

Nur aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet.

## 1. Vereinbarungsgegenstand

- 1.1. Gegenstand der Vereinbarung ist die Übertragung der Durchführung von Leistungen des qualifizierten Krankentransports gem. § 2 Abs. 3 RettG NRW sowie Leistungen der Notfallrettung gem. § 2 Abs. 2 RettG NRW im Leistungsumfang gem. Leistungsbeschreibung im Stadtgebiet der kreisfreien Stadt Herne sowie darüber hinaus (Fernfahrten im qualifizierten Krankentransport, überörtliche Hilfe, Großeinsatzlagen und Katastrophen etc.).
- 1.2. Der Auftragsnehmer wird bei der Durchführung dieser Leistungen für den Träger als Verwaltungshelfer tätig. Er handelt insoweit nach den Anweisungen des Trägers.
- 1.3. Unbeschadet spezieller Weisungsregelungen sowie der durch diese Vereinbarung unberührten Weisungsbefugnisse des Auftragsnehmers gegenüber seinen Mitarbeitern, einschließlich Dienstplangestaltung, Arbeitszeiten und der Eingliederung der Mitarbeiter des Auftragnehmers in dessen Dienstbetrieb, ist der Träger im Einzelfall berechtigt, dem Auftragnehmer Weisungen zur Durchführung dieses Vertrages zu erteilen, sofern dies zur Sicherstellung einer einheitlichen, regelmäßigen und gleichmäßigen Erfüllung der Aufgaben des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich gemäß dem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag notwendig ist.

## **2. Vertragsbestandteile**

2.1. Bestandteile dieses Vertrages sind:

- die Bestimmungen dieser Einbindungsvereinbarung,
- die Leistungsbeschreibung des Ausschreibungsverfahrens,
- die Vergabeunterlagen des Trägers zum Vergabeverfahren,
- das Angebot des Auftragnehmers mit allen Anlagen, Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen, insbesondere das ausgefüllte Preisblatt,
- die weiteren Anlagen dieses Vertrages, deren Reihenfolge sich aus der Nummerierung ergibt.

2.2. Im Übrigen finden auf diese Vereinbarung Anwendung:

- Zusätzliche Vertragsbedingungen der Stadt Herne (ZVB – Stadt Herne) mit den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) (VOL/B),
- die Bewerbungs- und Vergabebedingungen der Stadt Herne für die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen nach der Vergabeverordnung zur Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV),
- die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW,
- die Besonderen Vertragsbedingungen zum MiLoG,
- die Zusätzlichen Vertragsbedingungen des Landes NRW,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Fassung,
- die Regelungen des BGB.

2.3. Im Fall von Widersprüchen zwischen den unter 2.1 genannten Bestimmungen wird klargestellt, dass die vorgenannte Reihenfolge der Rangfolge der Bestimmungen entspricht. Ein Widerspruch liegt nicht vor, wenn und soweit eine höherrangige Bestimmung lediglich allgemeine Vorgaben für die zu erbringende Leistung enthält, die durch die nachrangige Regelung konkretisiert werden.

2.4. Allgemeine Vertrags- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung auf diesen Vertrag.

### **3. Vorhalteumfang / Leistungsanforderungen / Haftpflichtversicherung**

- 3.1. Die Leistungsanforderungen an die Durchführung der Aufgaben des Krankentransportes und der Notfallrettung auf Basis der Übertragung nach § 13 RettG NRW richten sich auch hinsichtlich des Vorhalteumfangs und der Vorhaltezeiten nach der Leistungsbeschreibung sowie den Bestimmungen dieses Vertrages.
- 3.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Vorhalteplichten zur Sicherstellung und Durchführung der geforderten Leistungen zur Abdeckung des Grundbedarfs, die Anforderungen an die Fahrzeugbesetzung sowie alle weiteren Pflichten, die sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben, während der gesamten Dauer der Vertragslaufzeit zu gewährleisten.
- 3.3. Zur Sicherung etwaiger Regressansprüche des Trägers gegen die vom Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeiter hat der Auftragnehmer für die gesamte Vertragslaufzeit eine Haftpflichtversicherung in ausreichender Deckungssumme zu unterhalten. Folgende Mindest-Deckungssummen je Schadensereignis müssen pro Jahr zweifach gewährleistet sein (zwei Schadensfälle pro Jahr):

- Personenschäden: 5.000.000,00 EUR
- Sachschäden: 3.000.000,00 EUR
- Vermögensschäden: 200.000,00 EUR

Der Auftragnehmer hat dem Träger spätestens zum Leistungsbeginn einen Nachweis über den bestehenden Versicherungsschutz zur Verfügung zu stellen. Der Nachweis ist durch ein an den Träger gerichtetes Bestätigungsschreiben seines Versicherers zu erbringen. Der Träger ist unverzüglich zu informieren, wenn der Versicherungsschutz –gleich aus welchem Grund– nicht mehr oder nicht mehr in voller Höhe besteht.

Sollte der Auftragnehmer auch innerhalb einer gesetzten Nachfrist seiner Nachweispflicht nicht nachkommen, ist der Träger berechtigt, die Vergütung bis zum Nachweis zurückzubehalten oder den Vertrag fristlos zu kündigen. Das Recht zur Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche bleibt unberührt.

- 3.4. Der Auftragnehmer muss die ihm obliegenden arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen Verpflichtungen und die für sein Unternehmen geltenden steuerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen.
- 3.5. Im Übrigen gelten die für die Leistungserbringung gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des RettG NRW in der aktuell gültigen Fassung.

#### **4. Mitnutzung der Rettungswachen des Trägers**

- 4.1. Dem Auftragnehmer wird für den dort stationierten RTW rund um die Uhr (täglich) die unentgeltliche Mitnutzung der zugeteilten Räumlichkeiten am Standort der Feuer- und Rettungswache 1 (FRW 1, Sodinger Straße 9, 44623 Herne) ab voraussichtlich Mai 2027 Hauptfeuer- und Rettungswache (HFRW, Florianweg 2, 44628 Herne) eingeräumt.
- 4.2. Die eingeräumte Mitnutzung erfolgt ausschließlich zum Zweck der Unterbringung von Mitarbeitern und Fahrzeugen (gem. Regelbedarf) des Auftragnehmers zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung.
- 4.3. Im Rahmen des Ortsbesichtigungstermins bzw. der Einstiegsschulung nach Vertragsschluss (siehe Leistungsbeschreibung) erhält der Auftragnehmer eine Einweisung, über die ein Einweisungsprotokoll angefertigt wird.
- 4.4. Der Auftragnehmer erhält eine ausreichende Anzahl Schlüssel/Transponder für die von ihm mitgenutzten Räumlichkeiten, deren Empfang in einer Schlüsselübergabeliste des Trägers vermerkt wird.
- 4.5. Die ausgehändigten Schlüssel/Transponder sind nach Beendigung der Beauftragung unverzüglich zurückzugeben. Der Verlust von Schlüsseln ist dem Träger unverzüglich anzuzeigen. Der Auftragnehmer trägt die Kosten für den in diesem Fall ggfs. notwendigen Austausch der Schließanlage (dies beinhaltet insbesondere Schließzylinder, Montage, Sicherheitsdienst, etc.) durch ein vom Träger ausgewähltes Unternehmen sowie die Kosten für Ersatzbeschaffung und Programmierung von Schlüsseln.
- 4.6. Mängel am Mitnutzungsobjekt zeigt der Auftragnehmer dem Träger unverzüglich schriftlich an.
- 4.7. Entstehende Schäden infolge einer nicht unverzüglich erfolgten Anzeige nach Ziff. 4.6 sind vom Auftragnehmer zu tragen, sofern dieser die Verzögerung zu vertreten hat.
- 4.8. Nach Beendigung des Mitnutzungsverhältnisses hat der Auftragnehmer das Mitnutzungsobjekt von seinen eigenen Gegenständen vollständig geräumt in einem ordnungsgemäßen Zustand zu übergeben. Dies wird in einem Abschlussprotokoll dokumentiert.
- 4.9. Der Träger hat nur Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten.

## **5. Nutzung des Notarzteinsatzfahrzeuges durch den Auftragnehmer**

- 5.1. Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer für die Dauer der Vertragslaufzeit ein Notarzteinsatzfahrzeug (NEF) zur ausschließlichen Erfüllung der rettungsdienstlichen Leistungen nach § 13 RettG NRW zur Verfügung. Eine Nutzung für andere Zwecke (z. B. private Fahrten, andere Sanitätsdienste) ist strikt untersagt. Das Fahrzeug verbleibt im Eigentum des Auftraggebers.
- 5.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das Fahrzeug sowie die darin befindliche Ausstattung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln. Er hat sicherzustellen, dass:
  - das Fahrzeug in einem stets einsatzbereiten, verkehrssicheren und sauberen Zustand gehalten wird;
  - die geltenden Hygienepläne und Desinfektionsvorschriften (insb. nach jedem Einsatz) strikt eingehalten werden;
  - das Fahrzeug vor unbefugtem Zugriff geschützt wird (Verschluss der Türen und Geräteräume bei Verlassen des Fahrzeugs).
- 5.3. Die Kosten für die reguläre Wartung, Inspektion und Verschleißreparaturen trägt der Auftraggeber. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Termine zur Prüfung (TÜV, UVV, Medizintechnik-Prüfungen, Reifenwechsel, usw.) nach Weisung durch den Auftraggeber wahrzunehmen.
- 5.4. Das NEF wird mit medizinisch-technischen Ausstattung übergeben. Bei Übergabe und Rückgabe des Fahrzeugs wird ein gemeinsames Protokoll über den Zustand und die Vollständigkeit der Geräte und Ausstattung und Fahrzeugzustand erstellt.
- 5.5. Der Auftragnehmer darf ein Magnetschild mit seinem Logo, nicht größer als 30cm im Durchmesser, an einer mit dem Auftraggeber abzustimmenden Position anbringen.
- 5.6. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass nur eingewiesenes Personal die Geräte bedient und die entsprechenden Medizinproduktebücher ordnungsgemäß geführt werden können.
- 5.7. Die Bestückung und Ergänzung von medizinischen Verbrauchsmaterialien und Medikamenten (außer der Betäubungsmittel) obliegt dem Auftragnehmer, sofern in der Leistungsbeschreibung nichts Abweichendes geregelt ist. Hierbei ist auf die Einhaltung von Verfallsdaten zu achten.
- 5.8. Die Bevorratung, Verwaltung und Mitführung von Betäubungsmitteln auf dem NEF erfolgt unter strikter Einhaltung der Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) sowie der geltenden BtM-Verschreibungsverordnung und der Verfahrensanweisungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber (das Team Rettungsdienst und die Ärztliche Leitung Rettungsdienst) kann die BtM-Bestände jederzeit und unangekündigt kontrollieren.
- 5.9. Das Fahrzeug ist mit einem fest installierten, manipulationssicheren BtM-Tresor ausgestattet. Die Betäubungsmittel sind dort permanent unter Verschluss zu halten, sofern sie nicht unmittelbar für einen Einsatz benötigt werden.
- 5.10. Bei jedem Schichtwechsel ist durch das eingesetzte Personal (Notarzt/Notfallsanitäter) eine Bestandsprüfung der Betäubungsmittel durchzuführen und im BtM-Unterbuch zu dokumentieren. Fehlbestände oder Beschädigungen an Plomben/Behältnissen sind sofort dem Team Rettungsdienst, der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst oder bei fehlender Erreichbarkeit dem RvD zu melden. Die entsprechenden Verfahrensanweisungen sind zu beachten.

- 5.11. BtM werden durch den Auftraggeber gemäß Bestückungsliste zur Verfügung gestellt.
- 5.12. Der Auftragnehmer haftet für den Verlust von Betäubungsmitteln, sofern dieser auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz bei der Verwahrung zurückzuführen ist.
- 5.13. Das Fahrzeug ist durch den Auftraggeber über den Kommunalen Schadensausgleich versichert. Der Auftragnehmer haftet bei Schäden aufgrund von grober Fahrlässigkeit und Vorsatz des eingesetzten Personals des Auftragnehmers.
- 5.14. Jeder Unfall oder Schaden am Fahrzeug oder an der Ausstattung ist dem Auftraggeber unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden, unter Verwendung der vorgesehenen Schadenformulare zu melden. Bei Unfällen mit Fremdbeteiligung ist grundsätzlich die Polizei hinzuzuziehen und die Leitstelle zu informieren.

## **6. Aufwendungsbeitrag / Abrechnung**

- 6.1. Die vom Auftragnehmer im Rahmen dieser Einbindungsvereinbarung durchgeführten Leistungen des Krankentransports und der Notfallrettung dürfen ausschließlich durch den Träger gegenüber dem jeweiligen Kostenträger abgerechnet werden. Eine eigene Rechnungsstellung und/oder die Annahme von Zahlungen von beförderten Personen sind ausgeschlossen.
- 6.2. Der Auftragnehmer erhält vom Träger für die Erbringung der Leistungen im beauftragten Umfang einen Aufwendungsbeitrag in Höhe der gemäß Preisblatt (siehe Anlage) angebotenen Preispauschale (anteilig für den jeweiligen Monatszeitraum).
- 6.3. Der monatliche Aufwendungsbeitrag wird in der Regel vierzehn Tage nach Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer vom Träger im Folgemonat überwiesen. Werden zusätzliche rettungsdienstliche Leistungen im Rahmen der Anforderung eines Patiententransportzuges bzw. des sonstigen Sonderbedarfs in Anspruch genommen oder die Vorhaltezeiten im Rahmen der Spitzenbedarfsabdeckung überschritten, so erfolgt diese gesonderte Vergütung einzelfallbezogen mit folgendem Stundensatz:
- RTW: 150,00 EUR pro angebrochene Stunde
  - KTW: 100,00 EUR pro angebrochene Stunde
  - Notfallsanitäter: 70,00 EUR pro angebrochene Stunde

Die Aufwendungen sind in der jeweils übernächsten Rechnung, nach dem Tag des Einsatzes, vom Auftragnehmer an den Träger zu richten. Damit sind alle Kosten (insb. Fahrzeuge und Personal) abgegolten. Vorhaltezeiten werden diesbezüglich nicht vergütet. Die Zahlung erfolgt in der Regel innerhalb 14 Tagen nach ordnungsgemäßer Rechnungsstellung.

- 6.4. Die Rechnungen des Auftragnehmers müssen eventuelle Vertragsstrafen, Mehrleistungen und sonstige Aufwendungen oder Minderungen als separate Positionen mit eindeutiger Bezeichnung enthalten.
- 6.5. Mit der Zahlung der monatlichen Preispauschale sind sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen abgegolten (Pauschalfestpreis).



- 6.6. Für den Fall, dass eine Rückfahrt nach Durchführung einer von der Leitstelle veranlassten Fernfahrt am gleichen Tag nicht mehr möglich ist, wird zusätzlich ein Verpflegungsgeld i.H. v. EUR 20,00 pro Person und Tag gezahlt. Übernachtungskosten werden dem Auftragnehmer bis zu einem Gesamtbetrag von maximal EUR 80,00 pro Person gegen Nachweis erstattet.
- 6.7. Der Auftragnehmer ist zum Beleg des Vergütungsanspruchs auf Sondervergütung nach Ziffer 5.6 verpflichtet, die zusätzliche Betriebszeit mittels Vorlage einer nachprüfbaren Rechnungsstellung (inklusive Angabe Anforderungszeitpunkt durch die Leitstelle, Zeitpunkt der Aufnahme, Zeitpunkt der Ankunft und Zielort sowie gefahrene Kilometer) nachzuweisen. Die Zahlung der Sondervergütung erfolgt binnen 21 Tagen nach ordnungsgemäßer Rechnungsstellung.
- 6.8. Der Träger geht davon aus, dass die vertragsgegenständlichen Leistungen gemäß § 4Nr. 17 lit. b Umsatzsteuergesetz (UStG) von der Umsatzsteuer befreit sind. Sollten die zuständigen Finanzbehörden während des Beauftragungszeitraums zu einer anderen Auffassung bezüglich der Umsatzsteuer kommen, ist der Auftragnehmer berechtigt, die erhobene Umsatzsteuer beim Träger einzufordern.

## **7. Mitwirkungspflichten im Rahmen der Abrechnungen des Trägers**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Träger im Rahmen der Abrechnung der durchgeführten Einsätze/Transporte gegenüber den jeweiligen Abrechnungsschuldnern (Kostenträgern) zu unterstützen. Hierzu ist er insbesondere zur Übermittlung der vollständigen Einsatzdokumentation einschließlich der vertragsärztlichen Verordnung im Original gemäß Leistungsbeschreibung zu Abrechnungszwecken verpflichtet.

## **8. Vertragsstrafen**

- 8.1. Verletzt der Auftragnehmer bei der Vertragsdurchführung schuldhaft eine der nachfolgend aufgeführten wesentlichen Vertragspflichten, wird eine Vertragsstrafe nach 8.3 fällig.
- 8.2. Die Vertragsstrafen sind in der übernächsten Rechnung auszuweisen und davon abzuziehen. Die Abstimmung über die Höhe der Vertragsstrafe erfolgt schriftlich mit dem Träger.
- 8.3. Wesentliche Vertragsverletzungen sind:
- a) Rettungsmittel nicht oder nicht vollständig besetzt im Vorhaltezeitraum, auch vorübergehend sowie verspätete Indienstnahme oder verfrühte Außerdienstnahme:
    - I. pro Verstoß bis 30 Minuten 500,- EUR
    - II. pro weitere 60 Minuten jeweils 500,- EUR
    - III. je Verstoß maximal 2.500,- EUR

IV. nach 12 Stunden, ausgehend vom regulären Dienstbeginn, gilt der Sachverhalt als neuer Verstoß, mit den o.g. Vertragsstrafen

- b) Rettungsmittel bzgl. der Mindestqualifikation nicht gem. RettG NRW besetzt:
  - I. pro Verstoß und Person 5.000,- EUR
- c) Dienstausbildung von Personal ohne gültige 30 Std-Fortbildung gemäß §5 RettG NRW:
  - I. pro Verstoß und Person 5.000,- EUR
  - II. Fahrzeug- und Personalressourcen für den Sonderbedarf (Großeinsatzlagen, Katastrophen und sonstige außergewöhnliche Lagen) bei unangekündigten Alarmierungsübungen und im Ereignisfall nicht innerhalb von 60 min am Standort gem. Leistungsbeschreibung verfügbar und gem. RettG NRW einsatzbereit:  
pro Fahrzeug 1.500,- EUR
- d) Nicht abrechenbarer Notfalleinsatz/Krankentransport aufgrund unleserlichen Protokolls oder fehlerhafter/unterlassener Dateneingabe im elektronischen Abrechnungssystem oder durch die jeweilige Fahrzeugbesatzung schuldhaft fehlende Verordnung über einen Krankentransport:
  - I. pro Einsatz/Transport in Höhe des für das Fahrzeug fälligen Betrages gemäß aktueller Rettungsdienst Gebührensatzung der Stadt Herne
- e) Nichteinhaltung der Ausrückezeiten im Rettungsdienst gem. Leistungsbeschreibung:
  - I. pro Vorfall 250,- EUR
- f) Personal wird auf Rettungsmitteln eingesetzt und die zur Kontrolle angeforderten Unterlagen und Nachweise werden nicht vollständig oder in der geforderten Form fristgerecht vorgelegt (gilt nicht für 30h-Fortbildungsnachweis, siehe Punkt 8.3 c)):
  - I. pro Person und Verstoß 250,- EUR
- g) Geforderte Kontrollen, Meldungen oder Anzeigen gem. Leistungsbeschreibung werden nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt:
  - I. pro Verstoß 500,- EUR
- h) Ausrüstung/Ausstattung (insb. Medikamente und Medizinprodukte) der Rettungsmittel weichen von den Ausstattungsanforderungen des Trägers gem. Leistungsbeschreibung ab
  - I. pro Verstoß 500,- EUR

8.4. Vertragsstrafen können bis längstens sechs Monate, nachdem der Träger von dem Umstand, der zur Geltendmachung der Vertragsstrafe berechtigt, Kenntnis erlangt hat, geltend gemacht werden.

- 8.5. Die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und Rechte des Trägers, insbesondere auf Schadensersatz sowie zur außerordentlichen Kündigung gem. Punkt 13, bleibt unberührt.

## **9. Prüf- und Kontrollrechte des Trägers**

- 9.1. Der Träger hat während der vereinbarten Vorhaltezeiten ein Zutritts- und Kontrollrecht bzgl. aller Rettungswachenstandorte des Trägers bzw. Auftragnehmers, um die ordnungsgemäße Leistungserbringung überprüfen zu können.
- 9.2. Hiernach ist der Träger insbesondere dazu berechtigt, das zur Leistungserbringung eingesetzte Personal und die zur Leistungserbringung eingesetzten Ausrüstungsgegenstände, Fahrzeuge und Dokumentationen des Auftragnehmers unangekündigt zu überprüfen.
- 9.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Träger die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und sämtliche zur Prüfung der ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- 9.4. Die Ortung der Fahrzeuge ist während der Betriebszeiten, im Rahmen der nächsten Fahrzeugstrategie und zur Kontrolle der Einhaltung der Ausrückezeit, durch den Träger (Leitstelle) ist jederzeit möglich.

## **10. Anzeigepflichten bei Betriebsänderungen**

Der Auftragnehmer zeigt dem Träger alle für die vertragsmäßige Durchführung dieser Einbindungsvereinbarung maßgeblichen Änderungen seines Betriebes (z.B. auch Umfirmierungen) unverzüglich schriftlich an.

## **11. Wettbewerbsbeschränkende Abreden**

Hat der Auftragnehmer anlässlich des dem Vertragsschluss zu Grunde liegenden Vergabeverfahrens nachweislich eine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen, wird ein Betrag in Höhe von 15 % der Auftragssumme zur Zahlung an den Träger fällig, es sei denn, es wird ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen – oder nachgewiesen, dass kein Schaden entstanden ist.

## **12. Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien**

- 12.1. Die Stadt Herne fördert Vielfalt und Gleichstellung. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Ausführung der Leistungen die Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu fördern.
- 12.2. Der Bieter verpflichtet sich mit Auftragsübernahme dem Auftraggeber ein Personalentwicklungskonzept für das eingesetzte Einsatzpersonal vorzulegen und Maßnahmen zur Förderung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten über den §5 Abs. 4 RettG NRW hinaus, zu beschreiben.
- 12.3. Der Bieter verpflichtet sich ein schlüssiges und detailliertes Konzept zur Sicherung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, sowie eine verlässliche Dienstplangestaltung für das einzusetzende Personal bei Auftragserteilung vorzulegen. Das Konzept muss insbesondere Angaben zum Ausfallmanagement und zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement enthalten.

### **13. Haftung**

13.1. Der Auftragnehmer stellt über den gesamten Beauftragungszeitraum jederzeit einen fach- und sachgerechten sowie schonenden Umgang mit sämtlicher vom Träger zur Erfüllung des Vertragszwecks zur (Mit-)Nutzung zur Verfügung gestellten Technik sowie sonstiger Gegenstände sicher.

13.2. Der Auftragnehmer haftet dem Träger gegenüber für sämtliche von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die in Erfüllung der vertraglichen Pflichten bestehen (gemäß den gesetzlichen Bestimmungen).

13.3. Der Auftragnehmer haftet für Schäden, die im Rahmen der Auftragserfüllung bei Dritten entstanden sind.

### **14. Vertragslaufzeit**

14.1. Die Vertragslaufzeit beträgt 48 Monate ab Auftragsvergabe. (Geplanter Ausführungsbeginn ist der 01.10.2026, 07:00 Uhr.)

14.2. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Verlängerung des Vertrages besteht nicht.

### **15. Kündigung**

15.1. Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Bestimmungen des RettG NRW u./o. gegen die Vorgaben in der Leistungsbeschreibung behält sich der Träger vor, den Vertrag fristlos zu kündigen. Als schwerwiegend gilt z.B., wenn

a) der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Trägers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder einem Dritten in ihrem Interesse angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesem Fall bedarf es keiner vorherigen Abmahnung.

b) der Auftragnehmer die ihm obliegenden Pflichten zur ordnungsgemäßen Besetzung der Rettungsmittel gem. §§ 4, 5 RettG NRW während der vorgegebenen Betriebs- und Vorhaltezeiten gemäß Leistungsbeschreibung nicht erfüllt und somit die rettungsdienstliche Versorgung gefährdet. In Ergänzung zu Punkt 8.3 gilt:

- Unterpunkt a): Ab dem dritten Vorfall pro Kalendermonat oder ab dem zehnten Vorfall im Vertragszeitraum
- Unterpunkt b): Ab dem zweiten Vorfall im Vertragszeitraum
- Unterpunkt f): Ab dem dritten Vorfall im Vertragszeitraum

c) die folgenden sonstigen Pflichten wiederholt verletzt werden. In Ergänzung zu Punkt 8.3 gilt:

- Unterpunkt e): Ab dem fünften Vorfall pro Kalendermonat oder ab dem fünfzehnten Vorfall im Vertragszeitraum
- Unterpunkt g): Ab dem fünften Vorfall im Vertragszeitraum

- Unterpunkt h): Ab dem dritten Vorfall im Vertragszeitraum

15.2. Das Ende der Leistungserbringung kann, bei einer Kündigung aufgrund der in 15.1 genannten Punkte, im Sinne der Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung der Bevölkerung, auch mit einer bis zu dreimonatigen Frist durch den Träger erfolgen.

15.3. Als Kündigungsgrund gelten auch gesetzliche, gerichtliche oder aufsichtsbehördliche Maßnahmen, die diesem Vertrag die rechtliche oder tatsächliche Grundlage ganz oder teilweise entziehen.

15.4. Die Kündigung erfolgt nach einmaliger vorheriger schriftlicher Abmahnung, sofern vorstehend nicht abweichend vereinbart.

15.5. Die Kündigung dieses Vertrags bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

## 16. Schlussbestimmungen

16.1. Die Kündigung dieses Vertrags bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

16.2. Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform.

16.3. Der Auftragnehmer kann die Ansprüche aus diesem Vertrag nur mit vorheriger Zustimmung des Trägers an Dritte abtreten.

16.4. Der Auftragnehmer kann mit Forderungen aus diesem Vertrag nur aufrechnen, wenn diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

16.5. Salvatorische Klausel: Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit im Übrigen unberührt. In diesen Fällen werden die Beteiligten die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Ziel am nächsten kommt. Dies gilt auch für Lücken dieses Vertrages.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stadt Herne, der Oberbürgermeister  
(Träger und Auftraggeber)

\_\_\_\_\_  
Leistungserbringer (Auftragnehmer)

---

**Hinweis: Dieser Vertrag ist vom Bieter unverzüglich nach Auftragserteilung zweifach, in unterschriebener Fassung einzureichen!**

---